

# **Bericht zur Bundeshauptversammlung 19.-21.11.2015 des Landes Niedersachsen**

Die Arbeit des Landesverbands war wesentlich von den gesetzgeberischen Aktivitäten der Landesregierung geprägt, die in einem sogenannten Bildungschancengesetz auch weitreichende Veränderungen für den Bereich der Sonderpädagogik vorsieht.

Vorgesehen ist eine sukzessive Auflösung der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen und eine Umgestaltung der bisherigen Förderzentrumsarbeit, die möglicherweise von Regionalen Stellen für schulische Inklusion übernommen werden könnte.

In der ursprünglichen Gesetzesvorlage war zudem ebenfalls die schrittweise Auflösung der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Sprache vorgesehen. Diese erhalten nach Auswertung der Anhörungen nun eine Bestandsgarantie.

Die Arbeit des Landesverbands ist insbesondere darauf ausgerichtet, auf die Berücksichtigung sonderpädagogischer Qualitätsstandards bei der Weiterentwicklung der inklusiven Schule hinzuwirken.

## **Gesprächskontakte zum Kultusministerium**

Zwischen dem Landesvorstand und dem Niedersächsischen Kultusministerium besteht weiterhin und vertieft ein kontinuierlicher Austausch über Themen- und Aufgabenbereiche, die die sonderpädagogische Förderung und ihre Weiterentwicklung berühren.

Mit der Kultusministerin Frauke Heiligenstadt wurden mehrere Gespräche auf Vorstandsebene, auch unter Einbeziehung von Referentinnen und Referenten geführt. Schwerpunktmäßig wurden die Bereiche

- Fragen zu den untergesetzlichen Regelungen
- Weiterentwicklung der inklusiven Schule
- Künftige Aufgaben der Förderzentren
- Förderschule mit dem Schwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung
- Entwicklung in verschiedenen Förderschwerpunkten

thematisiert.

An den Gesprächen war auch das zuständige Fachreferat beteiligt. Mit dem damaligen Staatssekretär und der Leiterin des Ministerbüros wurde besonders die künftige Förderzentrumsarbeit im Rahmen möglicher Regionaler Stellen zur Koordinierung der Aufgaben in inklusiven Arbeitszusammenhängen erörtert. Weitere Gespräche mit der Ministerin wurden auch gemeinsam mit befreundeten Verbänden geführt.

Im Anhörungszeitraum fand ein Gespräch von Mitgliedern des Landesvorstands mit der Vorsitzenden des Schulleitungsverbands Niedersachsen im Ministerium statt, in dem insbesondere die Frage der Steuerung und Leitung im Rahmen der Förderzentrumsarbeit thematisiert wurde.

Unmittelbar nach der Pressekonferenz der Ministerin zur Auswertung der ersten Anhörung zum 'Bildungschancengesetz' fand ein Gespräch mit dem Landesvorsitzenden und dem Vorsitzenden der GEW Niedersachsen statt, in dem ein möglichst konsensuales Vorgehen in der Umsetzungsphase und bei der Gestaltung der untergesetzlichen Regelungen angesprochen wurde.

Der Landesverband ist ständiger Teilnehmer am 'Forum Eigenverantwortliche Schule', das unter Leitung der Abteilung 3 des Kultusministeriums und unter Beteiligung der entsprechenden Fachreferate regelmäßig Fragen der Eigenverantwortlichen Schule und der Weiterentwicklung der Schulqualität bearbeitet und folgende Arbeitsgruppen gebildet hat :

- AG 1: Verwaltungsverfahren
- AG 2: Pädagogische Instrumente
- AG 3: Personenbezogene Verfahren
- AG 4: Budgetierung und Ressourcen
- AG 5: Personalrechtliche Befugnisse
- AG 6: Schulverfassung

Das Thema der Inklusion soll nach Vorlage der weiteren gesetzlichen Rahmenbedingungen schwerpunktmäßig im Forum bearbeitet werden.

Nach der Verabschiedung des 'Bildungschancengesetzes' wurden im Kultusministerium Fachgespräche anberaumt, zu denen Verbände und Bildungsorganisationen eingeladen sind. Der Landesverband ist in diesen Gesprächen durch den Landesvorsitzenden und den stellvertretenden Landesvorsitzenden vertreten.

In diesen Fachgesprächen werden folgende Problemstellungen bearbeitet:

- Künftige inhaltliche und strukturelle Qualität der Schulen mit entsprechender sonderpädagogischer Expertise unter Beachtung der regionalen Ausprägungen
- Steuerungsmöglichkeiten der sonderpädagogischen Unterstützung
- Entwicklung und Ausweitung der Beratungs- und Unterstützungssysteme.

## **Anhörungen zum veränderten Schulgesetz**

Da das veränderte Schulgesetz von der Landesregierung eingebracht wurde, fanden sowohl eine Anhörung durch das zuständige Kultusministerium als auch eine öffentliche Anhörung im Kultusausschuss des Niedersächsischen Landtags statt.

Der Landesverband bezog sich in beiden Anhörungen auf Aussagen im Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der inklusiven Schule und im Zusammenhang damit insbesondere auf die angestrebte untergesetzliche Regelung zur Einrichtung von Regionalstellen für schulische Inklusion und formulierte und begründete folgende Positionen :

- Der Verband Sonderpädagogik begrüßt die Bemühungen um die weitere Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen und trägt zu entsprechenden Entwicklungen auf der Grundlage seiner Satzung und Leitlinien bei.
- Vorrangig für den Verband ist die Sicherstellung der notwendigen sonderpädagogischen Unterstützung in der Prävention und bei vorliegendem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung. Der Verband setzt sich deshalb für eine Gestaltungs- und keine Abschaffungsdebatte ein.

- Die Steuerung und die Koordinierung der sonderpädagogischen Angebote in der Allgemeinen Schule und in der Förderschule sind zentraler Gegenstand des weiteren Umgestaltungsprozesses. Die bislang bekannt gewordenen Vorstellungen der Landesregierung (‘Regionalstellen für schulische Inklusion’) lehnt der Verband ab. Der Landesverband fordert Klarstellungen und Präzisierungen und die Beteiligung von Experten bei den notwendigen Revisionen und Ausgestaltungen.
- Angesichts vieler ungeklärter Fragen (Steuerung, System- vs. personenbezogene Zuweisung von Ressourcen, Entwicklung eines gesellschaftlich breiten Verständnisses von Inklusion im Sinne des Abbaus von Bildungsbeeinträchtigungen, Einsatz der Mobilen Dienste, Laufbahnverordnung für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Einsatz der Einzelfallhilfe, Einbeziehen von Schulen in freier Trägerschaft, Fragen der Tagesbildungsstätten und Landesbildungszentren) bei der Umsetzung der inklusiven Schule und immer noch kontroverser und ideologiebehafteter Diskussionen ist Skepsis angebracht, ob es im Hinblick auf die kurze Zeit bis zum Schuljahr 2014/15 sinnvoll und verantwortlich ist, umfassende Neuregelungen zur inklusiven Schule mit einer großen Schulgesetznovelle auf den Weg zu bringen.
- Der Verband hält das Schulgesetz von 2012 weiterhin für eine tragfähige Grundlage für die Einrichtung der inklusiven Schule in Niedersachsen und sieht gegenwärtig keine weitergehende Regelungsnotwendigkeit. Er lehnt ebenfalls alle Versuche einer Revision der Regelungen ab.

## **Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen**

### **Landeselternrat (LER)**

Der Landesvorsitzende wurde mehrfach in das Plenum des Landeselternrats eingeladen, um über die Sichtweise des Verbandes zur Entwicklung der inklusiven Schule, Fragen der praktischen Umsetzung, der Auswirkungen der ersten untergesetzlichen Regelungen und mögliche Perspektiven zu berichten und zu diskutieren.

Der aktuelle Austausch mit dem LER fand am 17. Oktober 2014 zum Thema ‘Zweites Inklusives Schuljahr’ statt.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen:

- Die personelle Situation im Bereich der Sonderpädagogik
- das Mitwirkungsrecht und Wahlrecht von Eltern und Erziehungsberechtigten
- der massive Anstieg von Schulbegleitungen als Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII
- die Entwicklung in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und Emotionale-soziale Entwicklung
- die künftige Organisation und Gestaltung der Förderzentrumsarbeit.

Zwischen dem im Frühjahr 2015 neu gewählten Vorstand des LER und Mitgliedern des Landesvorstands fand ein weiterer intensiver Austausch zur Vorbereitung der vom Kultusministerium initiierten Fachgespräche statt.

### **Kommunale Spitzenverbände**

Landkreisversammlung - Werkstattgespräch Inklusion

Auf der 74. Landkreisversammlung vertrat der Landesvorsitzende den Verband in einem Werkstattgespräch Inklusion, bei dem der Landesverband gemeinsam mit dem Landeselternrat, dem Vorsitzenden des NLT Jugend- und Sozialausschusses, dem Kultusministerium und den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen bzw. den bildungspolitischen Sprechern die Diskussion mit Impulsreferaten eröffnete. Die Positionierung des Landesverbands wurde in der Publikation des Landkreistags NLT-Information zusammengefasst :

‘Das Eingangsstatement hielt Reinhard Fricke, der die derzeitigen Probleme bei der Umsetzung der inklusiven Beschulung aus schulischer Sicht darstellte. Als Vorsitzender des Verbands Sonderpädagogik Niedersachsen begleitet Fricke die Diskussion um die Einführung der schulischen Inklusion seit Jahren. Einleitend unterstrich er, dass die niedersächsischen Schulen mit großem Engagement gestartet seien. Die ersten Erfahrungen zeigten jedoch, dass mit dem Begriff der Inklusion unterschiedliche Erwartungen verbunden würden. Für die weitere Diskussion sollte daher ein gemeinsames Verständnis über die Inhalte der Inklusion gefunden werden. Im Weiteren machte er deutlich, dass die inklusive Schule quantitativ wie qualitativ ausreichende Ressourcen benötige. Entscheidend sei zudem, die Ressourcen intelligent einzusetzen. Derzeit geschehe dies ungesteuert und mit Blick auf die Integrationshelfer sogar kontraproduktiv. Er rief dazu auf, das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs zu überdenken. Die Verteilung des Förderpersonals sollte nicht über die kindbezogene Betrachtung, sondern auf der systembezogenen Ebene erfolgen. Hierfür bedürfe es einer konzeptionell besseren Zusammenarbeit der Institutionen. Man müsse, wie bei der systematischen Einführung der integrativen Beschulung, nach dem Konzept ‘Lernen unter einem Dach’ zu einer gezielten Planung zurückkommen. Die Verantwortung hierfür müsse vor Ort liegen. Die kommunale Ebene sei aus seiner Sicht bereit, die Inklusion umzusetzen. Diese müsse sich einbetten in eine gesamtgesellschaftliche Haltung.’ (NLT-Information 2/3 2014)

Die 74. Landkreisversammlung verabschiedete die Gifhorner Erklärung zur schulischen Inklusion, in der Positionen des Landesverbands aufgegriffen wurden.

In den Gesprächen mit den Mitgliedern des Landkreistags und im (bildungs-) politischen Raum standen die konkrete Entwicklung und Umsetzung inklusiver Strukturen und Konzepte in den Regionen im Vordergrund.

Dabei plädierte der Landesverband in seinen Statements für regionale Lösungen auf der Grundlage von Aktionsplänen im Rahmen vorgegebener Zielsetzungen. Bei der Erstellung der Konzepte könnten sich alle relevanten Gruppen vor Ort mit dem Ziel beteiligen, Regionale Integrationskonzepte durch Regionale Inklusionskonzepte fortzuführen.

Aufgrund der vorliegenden Erfahrungen mit der Arbeit der Förderschulen als sonderpädagogische Förderzentren im Rahmen der Regionalen Integrationskonzepte bieten sich regionale Lösungen auf der Grundlage von Aktionsplänen im Rahmen vorgegebener Zielsetzungen ausdrücklich an. Bei der Erstellung der Konzepte könnten sich alle relevanten Gruppen vor Ort beteiligen.

Der Landesvorsitzende war am 24.09.2014 zur Anhörung ‘ Ein Jahr Inklusion an Schulen ’ im Schulausschuss der Landeshauptstadt Hannover eingeladen, in der die Rolle der Schulträger im Rahmen der Schulentwicklungsplanung im Gestaltungsprozess der Inklusion von besonderer Bedeutung war.

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)**

Zur Bildungsgewerkschaft GEW wurden auf Vorstandsebene und mit den Fachgruppen Sonderpädagogik und Nichtlehrendes Schulpersonal Gespräche geführt, in denen besonders die Arbeitsbedingungen und Herausforderungen für alle an der Entwicklung der Inklusion Beteiligten, die strukturellen und dienstrechtlichen Rahmenbedingungen in der Koordination, Steuerung und pädagogischen Unterstützung der verschiedenen sonderpädagogischen Organisationsformen sowie die Arbeitszeit bzw. die Vertragsstunden bei Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter thematisiert wurden.

Der Landesvorsitzende nahm als Gast an Landesdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 23. September 2013 in Göttingen teil.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum veränderten Schulgesetz fand eine enge Abstimmung zwischen der GEW und dem Landesverband statt. Die vom Kultusministerium initiierten Fachgespräche wurden zum Teil in gemeinsamer Abstimmung der Positionen vorbereitet.

## **Verband Bildung und Erziehung (VBE)**

Mit der Verbandsleitung des VBE, besonders der Landesvorsitzenden und dem Schriftleiter, bestehen regelmäßige Gesprächskontakte zur Abstimmung der Positionen der Verbände.

Der 19. Grundschultag in Cloppenburg am 03.02.2014 zum Thema »Inklusion konkret – Ideen, Anregungen, Gelingensbedingungen«, auf dem Prof. Dr. Manfred Wittrock, Universität Oldenburg, das Hauptreferat hielt, wurde vom Verband Bildung und Erziehung gemeinsam mit dem Landesverband, dem Kompetenzzentrum für Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung der Uni Vechta, der Volkshochschule Cloppenburg und dem Grundschulverband – Arbeitskreis Grundschule veranstaltet.

Auf dem 20. Grundschultag, 09.02.2015 unter dem Motto 'Umgang mit Vielfalt in Kita und Schule' war der Landesvorsitzende für ein Statement und zur Diskussion zum Thema 'Was brauchen Schulen zur Unterstützung?' eingeladen.

## **Schulleitungsverband Niedersachsen (SLVN)**

Mit dem Schulleitungsverband Niedersachsen besteht ein regelmäßiger Gesprächskontakt. Die Vorstände beider Verbände haben einen Gesprächstermin am 23.10.2014 in Hannover vereinbart, um die Fragen der Leitung von Förderzentren bzw. Regionalen Stellen zur Koordinierung der Aufgaben in inklusiven Arbeitszusammenhängen zu besprechen. Der zeitliche Aufwand für Schulleitungen aller Schulformen bei der Einführung der inklusiven Schule ist nach Einschätzung beider Verbände in angemessenem Umfang bei der Berechnung der Leitungszeit zu berücksichtigen.

## **Unternehmensverbände Niedersachsen e.V. (UVN)**

Im Ausschuss für Bildungspolitik und Bildungsarbeit der Unternehmensverbände Niedersachsen e.V. wurde das Schwerpunktthema 'Schule inklusiv - Ausbildung inklusiv? Was kommt auf Arbeitgeber in Niedersachsen zu' am 13.03.2014 in Hannover unter der

Perspektive der Schulen, des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft mit dem Inklusionslotsen-Programm 'Wirtschaft inklusiv' und der Produktionsleitung eines mittelständischen Unternehmens erörtert.

Der Landesvorsitzende stellte die schulischen Herausforderungen bei der Gestaltung der Übergänge in den beruflichen Bereich dar und begründete die Forderung des Verbands zur Weiterführung der Inklusion im berufsbildenden Bereich mit entsprechender sonderpädagogischer Unterstützung.

## **Ev.-Luth. Landeskirche Hannover**

Der Landesvorsitzende war von den Veranstaltern zum Bildungsforum der Ev.-Luth. Landeskirche Hannover, das am 06.12.2013 im Kongresszentrum Hannover unter dem Motto 'Suchet der Schule Bestes - Toleranz als Standpunkt' stattfand, zur Mitwirkung im Forum: 'Inklusion exklusiv?' – Was bewegt sich in Gesellschaft und Schule? eingeladen und war am Forum als Referent gemeinsam mit Prof. Dr. Hans Wocken und Birte Hagestedt, Dozentin für Förderschule und Inklusion am Religionspädagogisches Institut Loccum, beteiligt.

## **Gespräche mit den im Landtag vertretenen Fraktionen**

### **SPD Landtagsfraktion**

#### **Klausurtagung der SPD - Landtagsfraktion**

Der Landesvorsitzende wurde von vor der SPD-Landtagsfraktion im Rahmen einer Klausurtagung in Hildesheim als Referent und Gesprächspartner eingeladen. Dabei wurden folgende Punkte besonders angesprochen:

- Die Fortführung des Gedankens der Regionalen Konzepte, besonders unter verantwortlicher Einbeziehung der Schulträger und der Träger der Jugend- und Sozialhilfe
- Die neuen pädagogischen und administrativen Aufgaben der Förderzentren nach Auflösung der Förderschulen Lernen
- Die notwendigen untergesetzlichen Regelungen für vergleichbare Rahmenbedingungen und professionelle Aufgabenwahrnehmung
- Die Entwicklung in den verschiedenen Förderschwerpunkten, unter Hervorhebung der Schwerpunkte Sprache sowie Emotionale und soziale Entwicklung.

Die SPD-Landtagsfraktion beschloss auf der Klausurtagung die Hildesheimer Resolution zur Inklusion. Die SPD-Fraktionsvorsitzende betonte in der Vorstellung der Resolution, dass mit Blick auf die unterschiedlichen Gegebenheiten im Land deutlich geworden sei, dass inklusive Bildung in Niedersachsen regionale Lösungen brauche.

Weiterhin hat sich die SPD-Fraktion dafür ausgesprochen, dass die Grundschulen mit Sprachheilklassen die Basis der Weiterentwicklung im Förderbereich Sprache sein sollen.

In der Resolution wird weiterhin den Schulträgern die Möglichkeit eingeräumt Schwerpunktschulen auf Antrag über 2018 hinaus fortzuführen.

Zur Veränderung des Niedersächsischen Schulgesetzes führte die SPD-Fraktion in allen Wahlkreisen Diskussionsveranstaltungen unter dem Motto 'Bildung.Zukunft.Niedersachsen' durch.

Zur Auftaktveranstaltung am 29. Januar 2015 wurde zur Auseinandersetzung mit dem Schwerpunktthema 'Inklusion' im neuen Gesetz in den Niedersächsischen Landtag eingeladen und der Landesvorsitzende hatte als Hauptreferent Gelegenheit, 'in das Thema einzuführen und einen fachlichen Rahmen zu setzen.'

Weitere Veranstaltungen mit Referaten des Landesvorsitzenden fanden mit der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion in Leer und mit Mitgliedern des Kultusausschusses in Hannover, Braunschweig und Cuxhaven statt.

### **Kommunal- und Fraktionsvorsitzendenkonferenzen**

Mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Kommunal- und Kreisparlamenten wurden die bereits angesprochenen Gesprächspunkte vertieft. An der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der SPD-Landtagsfraktion am 10.05.2014 im Niedersächsischen Landtag nahm der Landesvorsitzende teil.

Auch in diesen Gesprächen wurde die Notwendigkeit der (Weiter-) Entwicklung regionaler Konzepte unter Einbeziehung der bestehenden Strukturen betont. Dieses Vorgehen berücksichtigt die bestehenden Unterschiede und Gestaltungsmöglichkeiten in den verschiedenen Landesteilen und stärkt die regionale Identität. Dies ermöglicht die von den Landkreisen und kreisfreien Städten gewollte und eingeforderte verantwortliche Ausgestaltung der Unterstützungsangebote vor Ort im Rahmen regionaler Bildungslandschaften. Erreichbarkeit und Mobilisierbarkeit gewährleisten bedarfsorientierte und verteilgerechte Angebote. Die Übernahme von Verantwortung stärkt die Angebote und Anbieter in einer Region und fördert das Bewusstsein für das Anliegen der Inklusion im Sinne einer Schule, die bestmögliche Entwicklungsbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler vorhält.

### **Arbeitskreis Kultus der SPD-Landtagsfraktion**

Mit dem Arbeitskreis Kultus der SPD-Landtagsfraktion fanden mehrere Gespräche statt, die teilweise auch gemeinsam mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktion Bündnis 90 / Grüne und unter Beteiligung von Fachreferaten des Landesverbands geführt wurden.

### **Bündnis 90 / Grüne - Landtagsfraktion**

Mit der scheidenden bildungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90 / Grüne und dem bildungspolitischen Sprecher und Vorsitzenden des Kultusausschusses des Niedersächsischen Landtags wurden intensiv die besonderen Bedingungen der Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und Emotionale-soziale Entwicklung auf dem Hintergrund der Koalitionsvereinbarungen erörtert.

Themen eines weiteren vereinbarten Gesprächs werden die Weiterentwicklung und die veränderte Organisationsform für die Förderzentrumsarbeit sein.

### **CDU - Landtagsfraktion**

Mit dem Arbeitskreis Kultus der CDU-Landtagsfraktion besteht ein regelmäßiger Gesprächskontakt, an dem auch die Fraktionsgeschäftsführung sowie Vertreter der Fraktionsführung teilnehmen. Der Landesvorsitzende hat die Positionen des Verbands in einer öffentlichen Anhörung zur Zukunft der Inklusion in Niedersachsen am 21.11.2013 in Hannover vertreten. Im Vordergrund der Diskussion, an der rund 100 Vertreter von 18 Eltern- und Bildungs- sowie den Kommunalen Spitzenverbänden aus ganz Niedersachsen teilnahmen, standen neben der Zusammenarbeit von Förderschulen und Allgemeinen Schulen sowie dem Einsatz von Schulbegleitung auch die Themen Fachkräftebedarf und Konnexität.

## **FDP - Landtagsfraktion**

Der Landesvorsitzende war als Referent zur Kommunalkonferenz der FDP-Landtagsfraktion am 26.04.2014 in Wolfsburg eingeladen, um unter anderem mit Dr. Stefan Birkner, Landesvorsitzender der FDP, Christian Dürr, Fraktionsvorsitzender, Björn Försterling, Bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, die Probleme in den Regionen für die Schulträger bzw. die Träger der Jugend- und Sozialhilfe zu besprechen.

Auf einer nachfolgenden Veranstaltung der FDP Kreistagsfraktion im Landkreis Osnabrück diskutierte der Landesvorsitzende mit Frau Nicola Beer, MdL und ehemalige Kultusministerin in Hessen und jetzige Generalsekretärin der Bundes-FDP, und Kolleginnen und Kollegen aus Schulen im Landkreis Osnabrück über die Weiterentwicklung der Inklusion in Niedersachsen.

Im Landkreis Nienburg/Weser nahmen der Landesvorsitzende und Dr. Peter Wachtel als Vorstandsmitglied des Landesverbands an einem öffentlichen Fachgespräch teil, bei dem unter der Themenstellung 'Die Umsetzung der Inklusion in Niedersachsen - auf dem Weg zum Erfolg oder zum Scheitern verurteilt' eine regionale Zwischenbilanz gezogen wurde. Von Seiten des Landesvorstands wurden die notwendigen Grundlagen und Rahmenbedingungen zur Ausgestaltung der inklusiven Bildung dargestellt.

## **Bildungsmesse didacta vom 14.- 28. 2. 2015 in Hannover**

Die Bildungsmesse didacta fand vom 14.- 28. 2. 2015 in Hannover statt.

Der Landesverband Niedersachsen übernahm traditionsgemäß in Kooperation mit der Bundesgeschäftsstelle die Organisation und die Besetzung des Landesverband-Stands.

In bewährter Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle stellten die Bezirke und Referate des Landesverbands eine kontinuierliche Präsenz für Diskussionen und fachlichen Austausch mit den Besucherinnen und Besuchern sicher. Allen Beteiligten gilt großer Dank, in den in besonderer Weise der Landesgeschäftsführer Reinhard Heile, die Bundespressereferentin Marianne Schardt sowie der Bildungsreferent Uwe Brönstrup einzubeziehen sind.

Der Landesvorsitzende wurde vom Verband Bildungsmedien in das Forum Bildung eingeladen, um in einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit den Vorsitzenden des Schulleitungsverbands Niedersachsen (SLVN) und der GEW das Thema 'Gelingende Inklusion: Was sind erfolgreiche Konzepte?' zu erörtern.

# **Landesverbandstag und Landeshauptversammlung 2014**

Der Landesverbandstag des Landesverband fand am 13. November 2014 in Braunschweig statt und stand unter dem Motto 'Gesund durch Wandel?! - Lehrgesundheit in Veränderungsprozessen'.

Die Veranstaltung wurde mit einem Vortrag von Herrn Dr. Matthias Lauterbach und zahlreichen Workshops aus der pädagogischen Berufspraxis fortgesetzt. Der Landesverbandstag 2014 vermittelte einem interessierten Fachpublikum Impulse und Handlungsmöglichkeiten, um Veränderungsprozesse in pädagogischen Aufgabenfeldern aktiv mitgestalten, die eigene Handlungsfähigkeit stärken und die Gesundheit erhalten zu können. Die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Landtag vertretenen Fraktionen waren auf der Veranstaltung als Gäste anwesend.

Die niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt legte in einer Rede auf dem Landesverbandstag die Positionen der Landesregierung zur Weiterentwicklung der inklusiven Schule dar.

Auf der anschließenden Landeshauptversammlung wurden Hanno Middeke als Stellvertretender Landesvorsitzender bestätigt sowie Ina Medeke als Pressereferentin und Peter Stenzel als Schatzmeister in ihren Ämtern wiedergewählt.

Reinhard Fricke